

ART DRESDEN
FRÜHJAHR 2011 AUSGABE 18

Schwerpunkt

Der 13. und 19. Februar in
Dresden

Warten auf den Naziaufmarsch
Nürnberger Platz, 19.02.2011 13.45 Uhr

Inhaltsverzeichnis

- 3** Dresdner Nazis auf „Ostfahrt“
- 4** In der Neonazi-Nische
- 6** Lose Finger sind keine Faust
- 10** Wie liegt die Stadt so wüst
- 12** Eine Woche (v)oller Aktionismus
- 14** Solidarität mit den §129-Betroffenen!

Impressum

Antifa Recherche Team (ART) Dresden

Web: <http://venceremos.sytes.net/artdd.html>

Mail: art_dd@riseup.net

Stand: 16. Mai 2011

Veröffentlicht unter Creative Commons

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung 3.0 Deutschland Lizenz



Dresdner Nazis auf „Ostfahrt“



Maik Müller (rechts mit Fahne) und Sven Hagendorf (ganz rechts am Transparent) auf dem traditionellen Naziaufmarsch in Vilnius

Am 11. März fand in Vilnius/Litauen ein traditioneller Aufmarsch anlässlich der Unabhängigkeit des Landes von der Sowjetunion statt. Organisiert und durchgeführt wird dieser Marsch von rechten bis neonazistischen Gruppierungen aus Litauen.

Stolz verkündete dazu Maik Müller Ende März im Internet: „Die Ehre, diesem Marsch beizuwohnen, wurde nun einer siebenköpfigen Delegation des deutschen Widerstandes zuteil.“ Der Dresdner, welcher durchaus als Demonstrationstourist zu bezeichnen ist, und regelmäßig auf größeren und kleineren Events der Naziszene seine Forderung nach „ideologischer Verfasstheit“ propagiert, verfasste seinen Demonstrationsbericht sichtlich begeistert und endete in der für ihn typischen pathetischen Weise: „... an dessen Ende auf beiden Seiten die Gewissheit bleibt die Freundschaft unserer Völker auch zukünftig zu pflegen und gemeinsam im Kampf zu stehen für ein Europa der freien Vaterländer, für die Freiheit der Völker!“

Zu meinen, es sei eine Achse Dresden-Vilnius am Entstehen oder die Rede müsse von starken grenzüberschreitenden Verbindungen sein, ist falsch. Die Erklärung, weshalb eine kleine Gruppe sächsischer Nazis in Vilnius war ist einfacher. Schon am 13. Februar sprach ein „litauischer Kamerad“ Grußworte zu den TeilnehmerInnen, des maßgeblich von Maik Müller initiierten abendlichen Aufmarsches in Dresden. Im Gegenzug durfte er nun Redner in Vilnius sein und brachte seine Freunde mit.

Mit ihm angereist war Simon Richter, der Radeberger NPD-Stadtrat und Intimus von Müller. Daneben ist Richter auch aktiv für den „Kampfbund Deutscher Sozialisten“, einer neonazistischen Splittergruppe. Mittels seines „Repro Medien Versandes“ bietet er beispielsweise Reden des verstorbenen Nazis Thomas Brehl zum Nachhören an.

Begleitet wurden Müller und Richter vom Dresdner Nazischläger Sven Hagendorf. Der nahezu 40jährige zählt zu den Urgesteinen der Dresdner Szene. In Vilnius durfte er die schwarz-weiss-rote Fahne halten.

Antisemitische Vorfälle in Litauen

Nur wenige Wochen nachdem knapp 1.000 Nazis in Vilnius aufmarschierten, hingen Unbekannte am 20. April ein antisemitisches Transparent an die Synagoge der Hauptstadt. Auch in anderen Städten in Litauen gab es rechte Zwischenfälle. Diese reihen sich in einen erstarkenden Nationalismus in der Region ein.

Quelle: <http://www.juedische.at>
(21.04.2011)

Die weiteren vier stolzen Delegationsmitglieder kamen aus dem Freundeskreis Maik Müllers.

Am Abend nach dem Aufmarsch besuchten die Dresdner Nazis noch ein Konzert. Auch hier berichtete Maik Müller euphorisch: „Hinten hing eine riesige Landesfahne und zwischen den Liedern wurde auch wieder „Lietuvos Lietuviam!“ gerufen, was soviel wie „Litauen den Litauern!“ bedeutet und auch noch ganz andere Sachen.“

Werbung: <http://www.fenceoff.org>



In der Neonazi-Nische

Porträt der »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland«



Revisionistische Fahnen der JLO auf der Nazidemo am 14.02.2009 in Dresden (Quelle: Recherche Ost)

Die neonazistische Kleinstorganisation »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« tritt einmal im Jahr als Veranstalterin des mittlerweile europaweit bedeutsamen Neonazi-Trauermarsches in Dresden öffentlich in Erscheinung.

Alljährlich seit 1999 veranstaltet die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) in Dresden im Februar einen so genannten Trauermarsch zur Erinnerung an die Bombardierung Dresdens. In den restlichen elf Monaten hingegen sind ihre Aktivitäten kaum bemerkbar. Im neonazistischen Alltagsgeschäft spielt die JLO keine Rolle. Ihre kaum vorhandene öffentliche Wahrnehmung steht ihrer Bedeutung für die Szene entgegen. Eine ganze Reihe führender Aktivisten waren bzw. sind unter anderem in der JLO organisiert: Der heutige NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel war

beispielsweise JLO-Landesvorsitzender in Hessen. Der ehemalige NPD-Fraktionsmitarbeiter, Stefan Rochow, war zeitweise sogar JLO-Bundesvorsitzender. Ein weiterer ehemaliger JLO'ler ist Holger Szymanski. Er leitet mittlerweile den »Parlamentarischen Beratungsdienst« der sächsischen NPD-Landtagsfraktion. Für alle drei fungierte die JLO als »Durchlauferhitzer« in ihren neonazistischen Polit-Karrieren. Diese Funktion soll zukünftig offenbar gestärkt werden. Das »Nationale Bündnis Dresden« begründete seine Auflösung Ende 2010 unter anderem damit, dass die JLO »zukünftig ihre Arbeit in Sachsen wieder intensivieren« und eine Rolle als »Vorfeldorganisation« übernehmen wird.

Anschlussfähig ist die JLO durch ihre strenge völkische und revisionistische Ausrichtung gerade für extrem ideologisierte Neonazis.

So verwundert es nicht, dass die JLO nach dem Verbot der »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) im Jahr 2009 als Auffang- und Nachfolgeorganisation gehandelt wurde. Die personellen Überschneidungen liegen auf der Hand.

Personal

Stephan Roth, derzeitiger Bundesführer der JLO, posierte vor wenigen Jahren in HDJ-Kluft in einem HDJ-Werbevideo. Roth stammt aus Oybin im Zittauer Gebirge und ist seit vielen Jahren in der Neonazi-Szene aktiv. Bundesweit bekannt wurde er im Zuge des »Hirschberg-Prozesses« 2006. Vor dem Landgericht im polnischen Jelenia Góra waren Roth, der damalige Görlitzer DSU-Stadtrat, Jürgen Hösl-Daum, und Robert G. - ein Neonazi aus der Region Bautzen - angeklagt wegen Beleidigung der polnischen Nation und Anstachelung zum Völkermord.



Stephan Roth

Die drei hatten in einer so genannten »Aktion Vergessen« in verschiedenen polnischen Ortschaften Plakate geklebt, die vermeintliche Vertreibungsverbrechen von Polen und Tschechen an Deutschen anprangerten. Dafür erhielten sie Bewährungsstrafen. Zudem ist Stephan Roth in völkisch-bündischen Zusammenhängen aktiv. Für eine Veranstaltung der rassistischen Religionsgemeinschaft »Bund für Gotterkenntnis – Ludendorf e. V.« im November 2008 in Dresden konnten sich TeilnehmerInnen bei ihm anmelden. Seinen politischen Anspruch macht Roth in der Theoriezeitschrift »Hier & Jetzt« deutlich. Ganz im Sinne der JLO schrieb er in einem Artikel über die völkische »Artamanen«-Bewegung: »Es sind nicht die Schlechtesten, die sich gegen die befremdende Zivilisation wehren und trotzig und voller Zuversicht an ihrem Traum werken, wieder eigener Herr auf eigener Scholle zu sein. Vergeblich wird es nur sein, wenn es weiterhin an einer Bewegung mangelt, die das Ganze stärkt und formt.«

Auch der stellvertretende Bundesführer Kai Pfürstinger stammt aus Sachsen. Als sächsischer JLO-Landesvorsitzender ist er als Anmelder des »Trauermarsches« in Dresden bekannt. Der Altenberger bewegte sich ebenfalls in völkischen Kreisen im Umfeld

der HDJ. In kleinerem Rahmen organisierte er wiederholt Volkstanzveranstaltungen. Zweiter stellvertretende Bundesführer ist der Szene-Anwalt Björn Clemens. Die ehemaligen Bundesvorstände, Christian Schaar und Dirk Pott, vervollständigen als Beisitzer die JLO-Bundesführung.

Neben dem Vorstand zählen überschaubar wenige Neonazis zum aktiven Kern der JLO. Auch hier gibt es Überschneidungen zu anderen Organisationen. So war der ehemalige Münchner und spätere Görlitzer Dirk Bredack neben seinem Engagement für die JLO auch im NPD-»Bildungswerk für Heimat und nationale Identität« aktiv. In Dresden waren lange Jahre Elli Dobberstein und Alexander Kleber als führende JLO-Köpfe bekannt. Beide pflegten enge Kontakte zu NPD, JN und so genannten freien Kräften.

Plakative Ideologie

Der enge Kreis der aktiven JLO'ler und ihrer Familien bildet eine völkische Gesinnungsgemeinschaft. Im revisionistischen Sinne thematisiert die JLO die Folgen des Zweiten Weltkriegs. Dabei fokussiert sie den Verlust der ostpreußischen Gebiete und die damit einhergehende Vertreibung der Deutschen. Sie betreibt außerdem einen Bauernhof in Steinbrücken im Mansfelder Land. Hier werden Ideen zur Selbstversorgung und völkischen Siedlungskonzepten entwickelt. Offen knüpft die JLO in ihrer Außendarstellung am historischen »Deutschen Orden« an. Ihr Symbol, ein weißes Schild mit stilisiertem schwarzen Kreuz, an dem ein Pfeil nach Osten weist, ist dem des Ordens entlehnt.

Wenngleich die JLO jedes Jahr im Februar in den Fokus der Öffentlichkeit rückt, ist sie keinesfalls die alleinige relevante Struktur hinter dem Neonazi-Großaufmarsch. Vielmehr beschränkt sich ihre Aktivität auf das Anmelden und nominelle Auftreten als Veranstalter. Innerhalb der Neonaziszene ist die JLO dafür seit Jahren umstritten. Angeprangert wurde, dass »eine

wahrhafte inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema« immer weniger geführt wurde und die »organisatorische(n) wie personelle(n) Missstände innerhalb der JLO [...]« zu einem »Einbruch parteipolitischer Tendenzen und damit zuletzt zur fast vollständigen Abkehr vom ursprünglichen Veranstaltungscharakter« geführt hätten. Seit 2007 führen daher Neonazis aus dem Spektrum der »freien Kräfte« einen, nach eigener Aussage, authentischen Fackelmarsch am Abend des 13. Februar in Ergänzung zum JLO-Großaufmarsch durch.

Dieser Artikel erschien in DERRECHTERAND Extra Dresden im März 2011

DERRECHTERAND

SCHWARZ AUF WEIB
32 SEITEN
MAGAZIN
NACH HAUSE
JEDEN ZWEITEN MONAT
FÜR ANTIFASCHISTINNEN

MAGAZIN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Berichtet regelmäßig, gut recherchiert mit harten Fakten über rechte DemokratInnen mit rassistischen Ansichten, revanchistische Vertriebene, diskursorientierte völkische Zeitungsprojekte, jungkonservative Zirkel, parteipolitische AktivistInnen, neo-nationalsozialistische Kameradschaften und die Verherrlichung des Nationalsozialismus.

Lose Finger sind keine Faust

Protokoll eines gescheiterten Versuchs der Nazis in Dresden 2011



Für den polizeilichen Notstand sorgten nicht nur friedliche Blockaden. Ein Blick in die Reichenbachstraße. (Quelle: Recherche Ost)



Markus „Rolle“ Weidhase (Leipzig) agitiert am Dresdner Hauptbahnhof. (Quelle: Recherche Ost)



Sammelpunkt für die Abreise wurde der Dresdner Außenbezirk Plauen. (Quelle: ART Nordbayern)

Alljährlich, so es die Kalenderkonstellation erlaubt, mobilisieren die Nazis zu zwei Aufmärschen im Februar nach Dresden. Einmal am 13. Februar, dem inzwischen traditionellen Fackelaufmarsch am Abend selbst und das andere mal zum Großaufmarsch am folgenden Wochenende, so auch 2011.

Fackeln, verkleidete Skelette und ratternde Züge

Am Abend des 13. Februars liefen etwa 2.000 Nazis mit Fackeln einsam entlang des Bahndamms und durch das Dresdner Univiertel. Die sowieso schon kurze Route musste aufgrund von Sitzblockaden auf der Strecke minimiert werden und aus den Studierendenunterkünften schallte den Nazis lautstarker Protest entgegen. Wieso die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) sich als Anmelderin erneut auf eine derart unattraktive Route eingelassen hatte, bleibt unklar.

Dieser Aufmarsch spiegelt das hohe Mobilisierungspotential der regionalen Szene und die Bedeutung der Versammlung am historischen Datum wieder. Die Symbolkraft und Authentizität der Bombardierungsnacht sowie die (richtige) Annahme, dass der Hauptmarsch am 19. Februar aufgrund von massiven Protesten nicht stattfinden würde, macht den Fackelmarsch zu einem attraktiven Datum. Sendet man doch die trotzige Botschaft nach Innen und Außen, dass man sich den Anlass nicht nehmen lassen will.

Ein Tränenmeer – die Nazis am 19. Februar

Der große Naziaufmarsch am darauffolgenden Wochenende wurde zum zweiten Mal in Folge verhindert, sie kamen nicht nur nicht durch, sie kamen dieses Jahr noch nicht mal an. Diesen Riesen-

erfolg kann das spektrenübergreifende Bündnis „Dresden Nazifrei“ zu Recht feiern und es sei an dieser Stelle noch einmal den über 12.000 Menschen gedankt, die hierher kamen, teilweise kilometerweit in die Stadt herein liefen und sich nicht von der Polizei aufhalten ließen, die Nazis zu stoppen. Auch tausende Dresdner_innen hatten sich aufgemacht mit dem Ziel den rechten Aufmarsch zu verhindern.

Abgeschreckt vom Vorjahresszenario, Hürden durch eine erzwungenermaßen versteckte Mobilisierung ohne Bekanntgabe der Treffpunkte machten sich nur noch knapp 3.000 Nazis auf den Weg, womit sich die Teilnehmendenzahl im Vergleich zum Vorjahr bereits mehr als halbiert hatte.

Die Nazis hatten nach dem Desaster 2010 begonnen Konzepte zu diskutieren, um eine Verhinderung durch Blo-

Fakten, Fakten, Fakten

Routen, Bilder und Videos zu dem gescheiterten Fingerkonzept der Nazis findet ihr auf einer interaktiven Karte in unserem Online-Archiv: https://venceremos.sytes.net/artdd/reviews/review_18/lose-finger-sind-keine-faust.html

ckaden zu umgehen. So hatten sich schon im Vorjahr knapp 3.000 Nazis geleitet von Thomas „Steiner“ Wulff entschlossen, ihre Busse fernab des Treffpunkts zu verlassen und einen Marsch zum Treffpunkt durchzuführen. Fernab von Blockaden und mit wenig Polizeibegleitung liefen diese dann durch innenstadtferne Stadtteile (AIB 86).

Aus den Erfahrungen von 2010 plante man, sich dieses Jahr nicht an einem Platz einkesseln zu lassen, sondern meldete ursprünglich vier, dann auf drei Versammlungen eingedampfte Veranstaltungen für den 19. Februar an.¹ Statt die Planungen der Nazis öffentlich zu machen, erlegte sich die Stadt höchste Geheimhaltung auf. Sie bevorzugte es, drei Tage vor dem Naziaufmarsch ein Verbot zu erlassen und das obwohl die Nazis bereits im Februar 2010 angemeldet, Kooperationsgespräche mit weitgehenden Einigungen stattgefunden hatten und das Verwaltungsgericht Dresden ein fragwürdiges Urteil zur Nichtdurchsetzung des Naziaufmarsches im Vorjahr erlassen hatte.² Vorhersehbar hob jenes Gericht die Verbote wieder auf, woraufhin das Ordnungsamt über einen weiteren Winkelzug versuchte die Zusammenlegung der Treffpunkte zu erwirken, womit es abermals juristisch scheiterte.

¹ Vgl. Beschluss VerwG Dresden unter: http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Stellungnahmen/VG_DD_Beschluss_zum_19-03-2011.pdf zuletzt eingesehen 02.03.2011 und Kleine Anfrage d. Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz (Linkspartei) Drs. Nr. 5/4592

² Das fragwürdige Agieren des Dresdner Verwaltungsgerichts und die aktuelle Rechtsprechung zu Naziaufmärschen, Blockaden und Protestveranstaltungen in Hör- und Sichtweite kann innerhalb dieses Artikels nicht weiter thematisiert werden.

Versuch des Fingerkonzepts durch Nazis

Aber auch das Konzept verschiedener Anlaufpunkte war aufgrund der zahlreichen, früh begonnenen Blockaden und des teilweisen Chaos, Barrikaden und Straßensperrungen nicht durchzusetzen. So schafften es gerade 500 größtenteils regionale Nazis, deren Anreise von vornherein per Zug geplant war, zum Treffpunkt Hauptbahnhof zu gelangen. Die Busanreise scheiterte an den Möglichkeiten zu einem der verschiedenen Nazitreffpunkte vorzudringen, da die Straßen dank antifaschistischer Gegenaktivitäten nicht frei waren. So standen am Anmeldepunkt der „Freien Kräfte“ allein, von Hamburger Gittern eingezäunt und antifaschistischen Blockaden umringt unter Beschallung des alternativen Coloradios zu Höchstzeiten 70 Nazis.

Die Stunde schlug – daher bereits relativ früh am Tag – für Alternativen zu den genehmigten Treffpunkten, zu denen eine Anreise unmöglich war. Es hieß Kehrtwende und raus aus der Stadt in den etwa fünf Kilometer entfernten Ort Freital. Dort trafen sich circa 20 Nazibusse und die Insassen wagten den Marsch übers Land stadteinwärts nach Dresden. Dabei wurde offensichtlich, dass die Nazis versuchten das „Fingerkonzept“ zu übernehmen. So wurde angestrebt von einem Punkt weit außerhalb der Stadt über zwei Wege nach Dresden zu gelangen. Die unterschiedlichen Nazigruppen waren durch andersfarbige Armbänder, die die Teilnehmer trugen, gekennzeichnet.

Die Gruppe um Thomas „Steiner“ Wulff stieß in einem Außenbezirk an eine Polizeisperre. Daraufhin kam es zu ei-

ner ungeplant wirkenden Aufspaltung, wobei der eine Teil mit „Steiner“ Wulff von der Polizei gekesselt wurde und der andere Teil auf einem zufällig gewählten anderen Weg seinen Zug Richtung Innenstadt fortsetzte.

Der zweite Finger bewegte sich ohne größere Barrieren Richtung Zentrum und griff auf dem Weg das alternative Wohnprojekt „Praxis“ an. Dabei schlugen etwa 200 Nazis des „grünen Fingers“ unter Rufen „Wir kriegen Euch alle“ Fensterscheiben ein und versuchten einzudringen. Die Polizei, die mit mehreren Streifenwagen vor Ort war, griff nicht ein sondern regelte den Verkehr. Am Rande der Innenstadt wurden sie durch die Polizei gestoppt und in den Zug Richtung Hauptbahnhof verfrachtet.

Die 500 Nazis am Hauptbahnhof versuchten als dritter Finger unterdessen vergeblich ihren Marsch in Richtung des Treffpunkts im Univiertel zu starten, von welchem die große Demonstration aus beginnen sollte. Sie kamen nicht los, denn die Route war erfolgreich blockiert. So entschlossen sich die Nazis nach mehreren Stunden, dass ihr Verbleiben sinnlos ist und kündigten an mit dem Zug nach Leipzig zu fahren und dort laufen zu wollen. Gegen 17 Uhr verließen sie die Stadt unverrichteter Dinge, scheiterten aber auch in Leipzig mit ihrem Aufmarschversuch an den Behörden.

Schwerpunkt der Naziaktivitäten war nun ein südlicher Dresdner Außenbezirk. Einerseits hing dort immer noch der festgesetzte „Steiner“ Wulff mit seinen Kameraden fest und andererseits hatten die Nazis, die sich bis nach Dresden „durchgekämpft“ hatten nun auch

keine Lust als Nächste sinnlos am Hauptbahnhof rumzustehen. Man fuhr also mit der S-Bahn wieder zurück und vereinigte sich. Hinzu kamen noch weitere 18 Nazibusse, die wohl auch als weiterer Finger geplant aber eine halbe Ewigkeit aufgrund der Blockaden steckengeblieben waren. Insgesamt versammelten sich etwa 2.000 Nazis am Spätnachmittag im Dresdner Süden.

Die Polizei, auch dort unterbesetzt, hatte Mühe die recht frustrierten Kameraden in Schach zu halten. Die flexiblen antifaschistischen Proteste hatten sich recht schnell in das Viertel verlagert und umringten die Nazis, so dass diesen auch dort nicht möglich war zu laufen. Schlussendlich zogen sie hundert Meter um die Ecke, zurück zum S-Bahnhof um zu ihren Bussen nach Freital zurückzukommen. Der Rest stieg unverrichteter Dinge direkt vor Ort wieder in seine Busse.

Fazit

Die Nazis versuchen sich auf die veränderte Situation einzustellen. Dazu zählt zunächst, dass der Aufmarsch am 13. Februar selbst – egal an welchem Wochentag er kalendarisch stattfindet – zunehmend an Attraktivität gewinnt. Das liegt an der Authentizität des Datums selbst aber auch an der Möglichkeit, wenn auch nicht störungsfrei, aber immerhin laufen zu können.

Der innerhalb der Naziszene seit mehreren Jahren umstrittene Großaufmarsch scheint schon dieses Jahr aufgrund der letztjährigen Verhinderung massiv an Attraktivität verloren zu haben. So waren die Nazis gezwungen „klandestiner“ zu mobilisieren. Viele Kameraden schätzen aber die bequeme Busanreise und begreifen diese auch nur als Service. Die Notwendigkeit sich vorher zu entscheiden, zu organisieren und anzumelden, stellte offensichtlich eine schwer überwindbare Hürde für die Masse dar.

Der Aufmarsch dampfte daher auf den mehr oder weniger „harten Kern“ ein, wobei erneut das Vorjahreskonzept des „Marschs auf die Stadt“ zur Anwendung kam. Die Nazis versuchten sich in einer Übernahme des Fingerkonzepts. So existierten mehrere Finger, die jeweils einen inneren Organisationszusammenhalt, geplante Routen und eine gewisse Führungsstruktur inne hatten. Man wich sogar bis in die nächste Kleinstadt aus, um möglichst von Gegendemonstrant_innen verschont zu bleiben.

Es gelang ihnen dennoch nicht das Konzept, dessen Ziel es ist, über unterschiedliche Wege zum gewünschten Punkt zu gelangen, umzusetzen. Dies setzt eine Verteilung von Aufgaben im Finger selbst, die Koordination der verschiedenen Gruppen im Tagesgesamtschehen, ein aktives Reagieren auf die Polizei beispielsweise durch Zurückweichen, Aufsplitten oder alternative Wege gehen voraus, all das misslang ihnen in weiten Teilen. Hinzu kamen die massiven Proteste und das Agieren der Polizei.

Zwar gibt es bei den Nazis ein ausgeprägteres gewaltvolleres Vorgehen auch aus Demonstrationen heraus, dennoch scheint die Debatte über das öffentliche Auftreten noch nicht abgeschlossen. So gab es im Vorhinein vollmundige Ankündigungen wie „Kein Polizeikessel, keine demokratische Resolution oder Blockade wird uns stoppen.“³ Faktisch trat genau dieser Stopp ein und von Struktur oder gar gemeinsamen Vorgehen gegen die Polizei konnte kaum die Rede sein. Sobald die Polizei auftauchte gab es zwar Aggression und Militanzgebahren aber neben vereinzelten Ausbruch- und Schiebeversuchen kein wirklich organisiertes, entschlossenes Vorgehen. Vereinzelt flogen Gegenstände, laute Sprechchöre und wutverzerrte Gesichter, schlussendlich lies man sich aber doch immer wieder zurückdrängen.

³ <http://logr.org/chemnitzinfos/2011/01/10/19-februar-dresden---dem-recht-auf-gedenken-eine-gasse-erkampfen/>

So verwundert es nicht, dass - wie immer pathetisch vorgetragen - eine Debatte über den Umgang mit den Verhinderungen aufkommt. „Gewalt ist ein Mittel zum Zweck, richtig angewendet, eröffnet sie uns die Möglichkeit, staatliche Repressalien kurzer Hand zu umgehen und klar zu stellen, dass wir dem staatlichen Gewaltmonopol und den Machtverhältnissen in diesem System mit keinerlei Respekt begegnen oder uns gar unterdrücken lassen. (...), dass es für uns ausgeschlossen sein muss, sich hinter Hamburger Gittern wie Vieh einpferchen zu lassen und darauf zu warten, dass die Polizei unser Recht durchsetzt.“⁴ Immer wieder kam es in den letzten Jahren zu Versuchen seitens der Autonomen Nationalisten ihre Verbalradikalität in Bezug auf Versammlungen in die Praxis umzusetzen.⁵ So wurde bei dem Angriff auf das alternative Wohnprojekt offensichtlich, dass die Radikalitätsappelle zumindest in spontanen Ausbrüchen ankommen.

Ausblick

Tatsache ist, dass es den Nazis aufgrund der Massenproteste verunmöglicht wird, ihren aktuell verbliebenen größten Aufmarsch durchzuführen. Selbst wenn sie in kleineren Gruppen laufen, dann tun sie das Abseits der Wahrnehmbarkeit und nicht in der für sie so wichtigen Größe und Stärke. Spontane Aktionen sind gerade nicht dazu geeignet dieses euphorische Massengefühl zu erreichen, wenn sie auch einem kurzzeitigen Adrenalinkick zuträglich sein können.

Allerdings schicken sich andere Orten und Daten an, an die Dimensionen und Relevanz des Dresdner Aufmarsches anzuknüpfen (Dortmund, Bad Nenndorf). Hier gilt es für Antifaschist_innen wachsam zu bleiben und zu verhindern, den

⁴ <http://logr.org/nsried/2011/02/25/zu-mpd-und-gewalt/>

⁵ Rechte Gewalt jenseits von Versammlungen ist ein bekanntes Phänomen. Herausgestellt wird hier die Debatte um Gewalt gegen „Staatsorgane“ und auf Versammlungen.

nächsten symbolträchtigen Aufmarsch heranwachsen zu lassen. Auch die Thematik der Bombardierung führt zu immer mehr, wenn auch kleineren Naziaktionen in der gesamten Bundesrepublik. So wurden im Februar deutschlandweit zahlreiche Aktionen von den Nazis die von bloßen internen Vortragsveranstaltungen und Schnipselabwürfen über zahlreiche Transpiaktionen und Infostände bis hin zu „Straßentheater“ reichten, durchgeführt.⁶

Es bleibt abzuwarten, ob sich die an Konzepte von Autoritarismus und Gehorsam gewohnten Nazis jenseits verbaler Drohgebärden offensiv gegen Polizei und Ordnungsmacht stellen werden. Erste Anläufe gab es dazu, es würde bedeuten das vorhandene Feindbild, was sich ins seiner gewaltvollen Attitüde primär gegen „Ausländer“ und „Linke“ richtet auch gegen den Staat auszuleben.

Langversion, AIB Nr. 90, Frühjahr 2011

⁶ Die Nazis zählen selbst über 80 Veranstaltungen im Zeitraum vom 7. bis 13. Februar auf. Selbst wenn diese Höhe angezweifelt werden darf und es sich häufig nur um Schnipsel- oder Transpiaktionen handelte, kommt es bundesweit zu immer mehr Naziaktionen im Vorfeld des Datums der Bombardierung Dresdens (vgl. <http://www.gedenkmarsch.de/dresden/?p=844> _ zuletzt eingesehen 6. März 2011). Auch wird versucht in Städten wie Magdeburg und Chemnitz mit eigenen Aufmärschen die Bombardierung zu thematisieren. Magdeburg und Dresden teilen sich dazu sogar die Startseite der Homepage (<http://www.gedenkmarsch.de>).

»Wie ihr's euch träumt,
wird Deutschland nicht
erwachen, denn ihr seid
dumm« (ERICH KÄSTNER)

GAMMA #190 erschienen: Doppelausgabe fürs Frühjahr 2011

Aus dem Inhalt:

- Rechtsruck bei Lok: Mit der Knarre gegen Ultras
- Johnny Ristau, das trojanische Pferd des VS
- Außen Zaun, innen braun: Ein Blick in die „08“
- Nazileaks: Alle NPD-Mitglieder in Nordsachsen
- Nach den Razzien: Gegen staatliche Anti-Antifa
...wie immer mit gewohnt unvoreilhaftigen Fotos!

antifaschistischer Newsflyer für Leipzig & Umgebung

kostenlos in vielen Kultur- und Polit-Projekten und unter:

<http://gamma.noblogs.org> ★ gammazine@no-log.org

Besuchenswert

<http://venceremos.sytes.net>



Wie liegt die Stadt so wüst



Gedenktafel auf dem Alten Annenfriedhof in der Dresdner Südvorstadt

Die Uhr tickt in Dresden ein wenig anders und so orientiert sich der regionale Jahresumbruch am 13. Februar. Dieses Jahr konnten zum zweiten Mal in Folge freudig die Korken knallen, denn die Nazis kamen nicht durch. Ein Jubelartikel würde den Ereignissen aber dennoch nicht gerecht werden. Dresden als gelebter und zelebrierter Mythos ist zwar ins Wanken geraten, aber noch nicht zu Fall gekommen und wer dies jetzt nur bezogen auf die Nazis liest, täuscht sich.

Die Stadt, die es nicht lassen kann ...

Fest steht, dass sich die Stadt von ihrer früheren Haltung der Ignoranz der Nazis verabschiedet hat. Es blieb ihr auch nichts anderes übrig, angesichts historischer Fakten, politischen Standards der „Berliner Republik“ und der Tatsache, dass ihr das Geschehen

um den 13. Februar völlig aus den Händen zu gleiten drohte. So fand dieses Jahr zum zweiten Mal in Folge eine Menschenkette zum Schutz der Altstadt statt, zum dritten Mal hielt das Stadtoberhaupt auf der offiziellen Gedenkveranstaltung auf dem Heidefriedhof, die zuvor immer still verlaufen war, eine Rede.

Aber wieder fing die Ansprache mit dem Opfermythos, dem Faschingstag, den Kindern und den Flüchtlingen an. Erneut begann die Geschichte nicht 1933, sondern erst am 13. Februar 1945. Die Trauergäste setzen sich seit Jahren nur noch aus 150 mehr oder weniger Offiziellen, 20 vereinzelt Bürger_innen und dem großen Pulk von knapp 100 Nazis zusammen. Ein bunter Strauß vom sächsischen Ministerpräsidenten, Vertreter_innen aller demokratischen Parteien über

den Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Mitgliedern von VVN/BdA und alliierte Konsulatsangehörigen bis hin zu Holger Apfel und seinen Pappkameraden. Alle reihten sich ein in die Riege derer, die zu Blasmusik des Polizeiorchesters Kränze niederlegten für die Toten der Bombardierung.

Es wäre absurd anzunehmen, dieser Reigen würde auch nur in Ansätzen dieselben politischen Ziele teilen. Es bleibt unverständlich weshalb Abgeordnete, deren Parteien gleichzeitig im Bündnis „Dresden Nazifrei“ organisiert sind und Vertreter von Opfern des Nationalsozialismus an dieser Veranstaltung teilnehmen. Es hat wohl keiner den Mut, obwohl es halbherzige Versuche der Aufgabe des Symbols Heidefriedhof gab, diesen unerträglichen Konsens endgültig aufzukündigen.

Und auch die antifaschistische Linke bleibt im Vergleich zur Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch verhalten. „Dresden Nazifrei“ kämpft mit sich und seinen Mehrheiten um eine Position zum „Mythos Dresden“, immer mit einem Auge auf die eigene Mobilisierungsfähigkeit. „Keine Versöhnung mit Deutschland“ stellte sich in diesem Jahr immerhin mit Transparenten gegen den Opferythos auf den Friedhof – die Frage ist nur, für wen eigentlich. Peinlich ist den Anwesenden ihr Kommen schon seit Jahren nicht, sie sind beratungsresistent und es sieht sie ja niemand. Einzig die Nazis, die haben sich tatsächlich geärgert.

So bleibt „Keine Versöhnung mit Deutschland“ das gute Gewissen derjenigen, die die Situation unerträglich finden. Die Verkörperung des „Anständigen“ ist in Dresden keine Normalität sondern „linksradikale“ Position.

Händchenhalten gegen Nazis

Am Nachmittag des 13. Februars strömten 17.000 Personen zur Menschenkette unter dem Motto „Erinnern und handeln. Für mein Dresden. Menschenkette zum Gedenken an die Zerstörung Dresdens vor 66 Jahren“, wirksamer antifaschistischer Protest sieht anders aus. Auch hier zeigt sich schon allein am Motto worauf der Fokus liegt. Und ebenso wie beim Symbol Heidefriedhof machen alle mit; Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft, den Kirchen, der Jüdischen Gemeinde zu Dresden, dem Sport und der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und sämtliche demokratische Fraktionen des Stadtrats. Eine Einigkeit, die sich nur dann aufbrechen ließe, wenn die eigene Position der jeweiligen, zur Menschenkette aufrufenden Organisationen zum Mythos aufgekündigt wird.

So hielt man sich an den Händen und beschützte die historische Altstadt, zeitlich und räumlich weit weg von den Nazis. Es ist ein Versuch der Stadt die Bombardierung mit der Gegenwart des Naziaufmarsches zu verknüpfen. Die Menschenkette ist aber

zum Protest gegen Nazis ungeeignet, ihre Deutungs Offenheit offenbart politische Ohnmacht und verkörpert inhaltlichen Widerspruch. Es knirscht, wenn man den Nazis den „Missbrauch des Gedenkens“ vorwirft, selbst aber die Legitimität kollektiver Trauer betont. Ohne Frage klafft zwischen den Nazis und der Dresdner Trauergemeinde eine Lücke. Während die einen deutsche Schuld leugnen, erkennen die anderen an, dass die Deutschen verantwortlich für Krieg und die nationalsozialistischen Verbrechen sind. Der Versuch über alle politischen Lager hinweg einen Widerspruch zwischen „gutem Gedenken“ und „falschen Gedenken“ zu konstruieren, geht fehl, denn jedes Gedenken wirkt - wenn auch auf unterschiedliche Weise - an deutscher Opferstilisierung mit.

Von der Stadt, die weder Nazis noch den Protest dagegen mag

Nachdem im Vorjahr selbst die Stadeliten nicht herunkamen den Erfolg des Blockadebündnisses – selbstverständlich unter permanenter Betonung der Wichtigkeit ihrer Menschenkette – zu würdigen, standen die Vorzeichen eines offeneren Umgangs mit „Dresden Nazifrei“ eigentlich recht gut. Zahlreiche Veranstaltungen weit ins bürgerliche Spektrum hinein beschäftigten sich mit der Legitimität von Blockaden und auch die lokale Medienlandschaft trat dem Anliegen der Verhinderung aufgeschlossener gegenüber.

Trotz dieses liberaleren Klimas hatte sich die Stadt erneut entschlossen in konservativer Engstirnigkeit zu agieren und bettete dies in eine formaljuristische, ordnungspolitische Argumentation. Demokratische Demonstrant_innen wurden pauschal dem „linken Lager“ zugeschlagen und zu „Störern“ erklärt. So schrieb Robert Koall, Chefdramaturg am Staatsschauspiel Dresden im Nachgang entsetzt: „Man begreift nicht, dass man als Bürger der Stadt gezwungen wird, sich am Rande der Legalität zu bewegen, wenn man nichts weiter tun will, als seine demokratischen Grundrechte wahrzunehmen. Man kann nicht nach-

vollziehen, wieso das Verwaltungs- und Polizeirecht die Rechtsextremen zu sogenannten Nichtstörern macht, die protestierenden Bürger aber zu „Störern“¹.

Aus der eindimensionalen Logik der Stadt heraus wurde am 13. Februar ein Rundgang von „Dresden Nazifrei“, der auf die Spuren Dresdner Täter des Nationalsozialismus aufmerksam machen wollte, faktisch verboten und den Nazis ein Fackelaufmarsch am Abend genehmigt. Protest aus Wissenschaft, Politik und Überlebenden der Shoa der vom Bundesinnenminister a.D. Gerhart Baum über Prof. Dr. Andreas Nachama, Geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors und Esther Bejorano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees reichte, prallte ab.

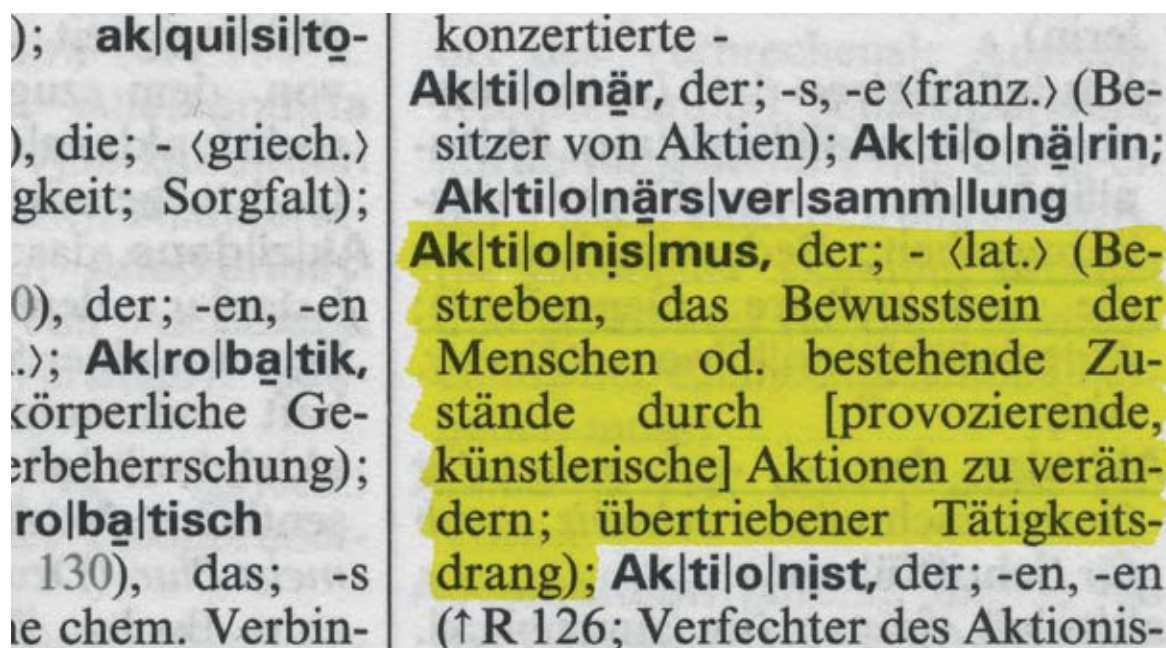
Zum 19. Februar selbst hatten sich die Stadtoberen gerade dazu durchringen können, zur Teilnahme an kirchlichen Mahnwachen aufzurufen. Statt zu darüber hinausgehendem Protest zu mobilisieren, verunmöglichten sie durch das Verschweigen der Nazireffpunkte die Organisation entschlossener Massenblockaden. Vielmehr wurde angekündigt, dass vom Verwaltungsgericht geforderte „Trennungsgebot“ durchzusetzen und kurzerhand sämtliche Protestveranstaltungen auf Altstädter Seite verboten.

Trotzdem begaben sich Zehntausende auf die Straße, um sich den Nazis in den Weg zu stellen. Schlussendlich erfolgreich, wenn der Preis für die Verhinderung dieses Jahr für alle auch ein hoher war. Es bleibt festzustellen, dass wenn entschlossener, friedlicher Protest verunmöglicht wird, sich andere Wege finden die Nazis zu stoppen. Für den 19. Februar hatte die Stadt mit ihrer Blockadehaltung gegenüber „Dresden Nazifrei“ aktiv daran mitgewirkt friedlichen, entschlossenen Protest massiv zu erschweren.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung, AIB Nr. 90, Frühjahr 2011

¹ http://www.sz-online.de/Nachrichten/Politik/Der_Stadt_Dresden_fehlt_eine_politische_Haltung/articleid-2694344_-_zuletzt_eingesehen_am_08.03.2011

Eine Woche (v)oller Aktionismus



»...über 80 Aktionen in mehr als 40 Städten« registrierte das Aktionsbündnis gegen das Vergessen in der fünften Ausgabe seiner sogenannten Aktionswoche. Vom 7. bis 13. Februar gab es verschiedene Aktionen, die »das Kriegsverbrechen von Dresden« thematisieren sollten. Die Nazis wollten dokumentieren, dass sie sich »vom Band der deutschen Schicksalsgemeinschaft nicht abschneiden« lassen. Das sei auch gelungen, schließlich habe es 2010 eine »Expansion der Aktivitäten« gegeben, womit die diesjährige Aktionswoche zur »bisher umfassendsten« geworden sei. Tatsächlich ist die Aktionszahl im Vergleich im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen, dass damit eine Steigerung der Außenwirkung einher ging, scheint nach einem Blick auf die dazugehörigen Aktionsberichte aber unwahrscheinlich.

Akribisch sammelte das Aktionsbündnis jede noch so kleine Regung in Bezug auf Dresden. Das Ergebnis liest sich mitunter grotesk. Etwa dann, wenn mittelhessische Nazis stolz berichten, dass sie am 10.02.2011 in ihrem Kameradschaftsraum

eine Kerze zur Mahnung und Erinnerung angezündet haben. Aufkommende Zweifel an der Durchführbarkeit einer solchen »Aktion« werden glücklicherweise mit einem fotografischen Beleg zerstreut. Nazis aus Döbeln hingegen scheuten keine Kosten und Mühen und können so berichten, dass sie erfolgreich 15 Postkarten »aus Döbeln nach Dresden gesendet« haben. LiebhaberInnen der berühmt-berüchtigten »kreativen Aktionen« kommen ebenso auf ihre Kosten. In Erfurt waren Nazis besonders innovativ. In einem »Volksaufklärung einmal anders« betitelten Artikel beschreiben sie wie an Laternenmasten Flyer angebracht wurden. Der Clou dabei: neben die Zettel wurden zusätzlich bunte Knicklichter angebracht. »Wohl zur optischen Verstärkung«, wie es im nachfolgenden Bericht heißt. Das klingt nicht nur unsinnig, das sah auch so aus. Mitbekommen hat das vermutlich aber niemand, das Flyer-lesende Publikum in einer Dienstagnacht wird nicht nur Erfurt sehr überschaubar sein. Fehlende Resonanz dürfte auch das Hauptproblem einer Aktion in Eilenburg gewesen sein. Mitten in der

Nacht drapierten Nazis etwas Bauschutt und drei dilettantisch zusammengeschnittene Puppen vor einem Gebäude. Auf der strahlend-weißen Hauswand sprühten sie erklärend hinzu: »Dresden = Massenmord«. Im Fotobericht heißt es dann, dass »die künstlerische Nachstellung einer beim Bombenangriff auf Dresden getöteten Familie den Höhepunkt« der Aktionswoche in Nordsachsen darstellte.

Anhand dieser Beispiele wird bereits deutlich, wieso die Aktionszahl rapide gestiegen ist. Nahezu jede Betätigung der Nazis wurde anschließend im Internet zur - selbstverständlich erfolgreichen - »Aktion« stilisiert. Die übertrieben ausführliche Berichterstattung soll offenbar deren zweifelhafte oder schlicht fehlende Wirkung kaschieren. Das Kleben von Plakaten und Aufklebern, das Verteilen von ein paar Hundert Flyern oder das Anbringen schwer-leserlicher Transparente am nächstbesten Geländer mag vielleicht in dem ein oder anderen Dorf für Aufregung sorgen, wird ansonsten aber nur geringe Öffentlichkeit erreichen. Und allein diese

Aktionsformen machten gut zwei Drittel aller bekannt gewordenen Aktionen aus. Hinzu kamen noch ein paar Sprühereien, hier und da ein paar windschiefe Holzkreuze, Kerzen, ein Dutzend Mahnwachen und Infotische. Die Beteiligung aus den Reihen der Nazis war auch hier gering, es handelte sich im Grunde um Kleinstveranstaltungen ohne Mobilisierung. Einmal, in Datteln, sollen 20 Nazis zusammengekommen sein. Ansonsten lagen die Teilnehmendenzahlen deutlich tiefer.

Aus dem Rahmen fällt hier die Aktionswoche in Dresden, was aber nicht sonderlich schwer ist. Die Aktionen zielten im Gegensatz zur bundesweiten Beteiligung sehr viel deutlicher auf öffentliche Wahrnehmbarkeit und waren auch von den Nazis selbst stärker besucht. Im Vergleich zu den Aktionswochen der Vorjahre sind jedoch keine nennenswerten Änderungen feststellbar. Am Montag brachten etwa 40 Nazis Kreuze und Fotos mit den Bombardierungsfolgen in der Altstadt an, am Dienstag beteiligten sich Nazis in derselben Größenordnung an einer unangemeldeten Kundgebung auf dem Altmarkt, für den die Nazis – mittlerweile im Einklang mit CDU und FDP – ein größeres und würdigeres 13. Februar-Denkmal fordern. Mittwochs wurden zwischen 19 und 20 Uhr auf der Neustädter Elbseite neben der Albertbrücke Kerzen zu Wasser gelassen. Am Donnerstag wurden Plakate verklebt,

am Freitag folgte eine Saalveranstaltung. Neu im Programm war ein Infostand am Samstag auf der Seestraße/Ecke Altmarkt, für den eigens Ausstellungstafeln gefertigt wurden. Nach dem »Trauermarsch« am Sonntag wurde die Aktionswoche mit einer Kranzniederlegung auf dem Annenfriedhof beendet. Daran beteiligten sich vier Personen. Über diese Veranstaltungen hinaus, versuchte das Aktionsbündnis gegen das Vergessen, noch immer maßgeblich betrieben von Maik Müller, Simon Richter und Ronny Thomas, in der Mobilisierung zum 13. und 19. Februar verstärkt inhaltliche Akzente zu setzen. Es veröffentlichte unter anderem eine Broschüre und absolvierte bundesweit fünf Vortragsveranstaltungen. U.a. wirft darin das Aktionsbündnis der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO), als bisherige Veranstalterin des „Trauermarsches“, mangelnde inhaltliche und organisatorische Kompetenz vor. Insofern stringent ist, dass nach dem diesjährigen Februar-Fiasco das gemeinsame Bündnis mit JLO und NPD nach kaum einem Jahr des Bestehens aufgekündigt wurde. Für 2012 kündigt das Aktionsbündnis bereits an, dass es nicht mit der JLO kooperieren wolle: »Innerlich tote Scheinorganisationen aber, welche das Gedenken an die Toten unseres Volkes als letzte Existenzberechtigung missbrauchen, sind fehl am Platze!«

Abschließend lässt sich folgendes festhalten: die Wirkung der Aktionswoche bleibt begrenzt. Zahlreiche »Aktionen« waren nichts weiter als Berichtbeschaffungsmaßnahme. Sie waren gemacht, um mal wieder einen Artikel auf die eigene Website posten zu können. In der Regel waren sie so kaum öffentlich wahrnehmbar. Für die beteiligten Nazis bleibt vermutlich ein selbstbestätigendes Gefühl, etwas getan zu haben. Darüber hinaus ist dennoch von einer szeneeinternen Mobilisierungswirkung auszugehen. Die demobilisierenden Effekte, vor allem die antifaschistischen Blockaden 2010 und nun auch 2011, überwiegen jedoch deutlich, so dass in der Summe weit weniger Nazis den Weg nach Dresden gefunden haben. Für die Dresdner Aktivitäten im Rahmen der Aktionswoche ist festzuhalten, dass sie auch weiterhin noch unzureichend ausgeschöpftes Potential für antifaschistische Interventionen bieten.

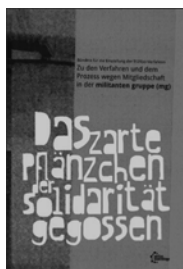
Lesenswert



Ausweitung der Kampfzone

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)



Anti-Repession
Neuerscheinung



Bündnis für die Einstellung der §129(a)-Verfahren

Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen
Zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft
in der militanten Gruppe (mg)

88 Seiten, 4,80 Euro, ISBN 978-3-942885-00-3

Nach drei Jahren Solidaritätsarbeit und der Verurteilung von Axel, Florian und Oliver wegen versuchter Brandstiftung an Bundeswehr-LKW im Berliner mg-Prozess legt das Einstellungsbündnis sein Resümee vor. Die Soli-Gruppe beschreibt unter anderem die verschiedenen Linien und Fallstricke der Soli-Arbeit, die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, einen politischen Prozess zu führen und die Wahrnehmung durch die Linke und die Medien. Die Auswertung versteht sich als Handreichung für alle, die sich mit Repression auseinandersetzen, von ihr betroffen sind oder sein könnten.

edition assemblage | Hafeweg 31 | D-48155 Münster | Telefon: 0251 - 149 12 56
info@edition-assemblage.de | www.edition-assemblage.de

Solidarität mit den §129-Betroffenen!



Das Spezialeinsatzkommando der Polizei postierte sich am 19. Februar 2011 mit Pepperballgewehren an der TU Dresden

Am frühen Morgen des 12. April 2011 führte ein Polizeigroßaufgebot in Dresden, Leipzig, Finsterwalde, Senftenberg und Grimma bei 17 Antifas Hausdurchsuchungen durch. Die Betroffenen werden beschuldigt »kriminelle Vereinigungen« nach §129 StGB gebildet zu haben und an Angriffen auf Nazis sowie Sachbeschädigungen beteiligt gewesen zu sein. Der Schwerpunkt der Durchsuchungen lag in Dresden, die eingesetzten Polizei(spezialeinsatz)kommandos gingen dabei zum Teil sehr gewalttätig und überzogen vor. Sie beschlagnahmten vor allem Computertechnik für die weitere Auswertung. Den Razzien vorgegangen ist eine langwierige Überwachung der Telekommunikation. Der §129 erlaubt der Polizei weitreichende Maßnahmen zur Bespitzelung der Betroffenen und ihres Umfelds - ein geringer Anfangsverdacht genügt.

Auffällig war die mediale Inszenierung der Razzien durch das Landeskriminalamt. In Leipzig waren Fotoreporter der BILD-Zeitung noch vor Beginn der dortigen Hausdurchsuchung am Einsatzort und konnten so das Geschehen von Anfang an dokumentieren. JournalistInnen erhielten großzügig Hintergrundinformationen und Bildmaterial zu den Anschuldigungen. Leipziger Volkszeitung (LVZ) und Dresdner Neueste Nachrichten (DNN) zeigten bereits am Vormittag Bilder von Verletzungen, die die Beschuldigten Nazis zugefügt haben sollen; die Durchsuchungsbeschlüsse wurden JournalistInnen zugänglich gemacht. Eine ungewöhnliche aber erfolgversprechende Praxis. Die Presse lieferte die gewünschten Überschriften vom »Schlag gegen den Linksextremismus«. Dass der neue LKA-Chef in Sachsen Jörg Michaelis wenige Tage zuvor »verstärkten Kampf gegen linksextreme Gewalttä-

ter« ankündigte und der Innenminister Markus Ulbig im Nachgang der Razzien im dpa-Interview stolz eine »Null-Toleranz-Politik gegen linke und rechte Extremisten« beschwört, rundet das Bild der gelungenen Inszenierung ab. Eine Inszenierung, die ohne anspruchslose und unkritische JournalistInnen nicht möglich wäre.

So stehen die Durchsuchungsbeschlüsse auf wackligen Beinen. Beschuldigten wird beispielsweise zum Vorwurf gemacht, dass sie am Telefon über Veranstaltungen von Nazis gesprochen hätten. Das genügt, um die Beschuldigten der Öffentlichkeit als »linksextreme« Straftäter zu präsentieren. Für ein Verhalten, dass weder juristisch noch moralisch bedenklich ist. Verknüpft werden diese Vorwürfe mit Bildern von verletzten Nazis, so dass der Eindruck entstehen soll, hier käme »eins zum anderen«. Die jüngsten Razzien sind ganz offensicht-

lich Baustein einer längerfristig angelegten Strategie. Diese richtet sich gegen sogenannte »Linksextremisten« und ist ein politisches Manöver zur Diskreditierung antifaschistischen Engagements. Kriminalisierungen und Extremismusvorwürfen ist im Freistaat das gesamte politische Lager jenseits von CDU und FDP ausgesetzt. So unternahm die Staatsanwaltschaft Dresden den Versuch die Immunität des Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei André Hahn aufzuheben, weil er sich am 13. Februar 2010 an einer Blockade gegen den Naziaufmarsch beteiligt hatte. Dem grünen Landtagsabgeordneten Johannes Lichdi wird seitens des innenpolitischen Sprechers der CDU Fraktion Volker Bandmann immer wieder eine zweifelhafteste Haltung zur Demokratie unterstellt. Menschen, die gegen Nazis protestieren wollen, werden von der Dresdner Stadtverwaltung mit Unterstützung des Verwaltungsgerichts zu "Störern" erklärt. Es wird ein Klima etabliert, in dem das Amtsgericht dann nicht zögert Durchsuchungen und Eingriffe in die Privatosphäre zuzulassen, weil Menschen sich über Infostände von Nazis unterhalten.

Bereits nach der erfolgreichen Verhinderung der Naziaufmärsche am 19.02.2011 griff das LKA auf die umfangreichen Möglichkeiten des §129 zurück und führte eine Razzia u.a. in den Räumlichkeiten des Roten Baums und der LINKEN durch. Während tagsüber Polizeieinsatz herrschte, hatte man am Abend dann doch ausreichend Spezialkräfte, die das »Haus der Begegnung« stürmten und einen Sachschaden von mehreren tausend Euro hinterließen. Und das nach einer Durchsuchung bei eigentlich »Unverdächtigen« (§103 StPO) und dem rechtswidrigen Eindringen in eine Anwaltskanzlei. Das Spezialeinsatzkommando ausgestattet mit Rammbock, Kettensägen, Sturmhauben und anderen martialischen Werkzeugen war vorgeblich auf der Suche nach Personen, die Gewaltstraftaten im Stadtgebiet koordiniert haben sollen. Gefunden wur-

den sie offenbar nicht. Beschlagnahmte Computer und Telefone mussten rasch zurückgegeben werden.

Die CDU-FDP-Mehrheit im Dresdner Stadtrat griff das Thema dennoch auf und forcierte faktenwidrig die öffentliche Diskreditierung des Vereins »Roter Baum«. In einem Antrag forderte sie einen Fördermittelvorbehalt für Jugendhilfegelder, die für den Verein vorgesehen sind. Widersprüche wurden übergangen. Etwa der, dass Geldmittel sowieso unter einem Vorbehalt stehen und ein zusätzlicher Stadtratsbeschluss offensichtlich überflüssig ist. Oder der, dass die Kompetenz des Stadtrates durch diesen Antrag möglicherweise überschritten wird. Vor allem aber, dass der Verein und die Vereinsmitglieder schlichtweg keine Beschuldigten sind. Die Dresdner Ratsmehrheit nahm diese Widersprüche in Kauf und trieb die absurden Verdächtigungen voran. Wohlkalkulierend, dass dem Verein durch diese Art von Öffentlichkeit ganz realer Schaden entstehen wird.

Dieses Spiel der Verdächtigungen beherrscht auch die Sächsische Landesregierung. Im November 2010 führte sie im Zuge der Verleihung des Sächsischen Demokratiepreises erstmals die sogenannte Extremismusklausel ein. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen Nazi-Ideologie, Rassismus und Antisemitismus zur Wehr setzen, sollen darin ihre Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung erklären und gleiches auch für ihre PartnerInnen zusichern. Die Unterschrift unter die euphemistisch umschriebene "Demokratieerklärung" ist in je eigener Fassung Fördervoraussetzung sowohl beim Bundesprogramm "Toleranz fördern, Kompetenz stärken" als auch beim sächsischen Förderprogramm "Weltoffenes Sachsen". Wer nicht unterschreibt, erhält kein Geld. Zu Recht beklagen die Initiativen mit dieser Art von Gesinnungstest unter Generalverdacht gestellt zu werden. Es ist zudem der Versuch der Landesregierung eine Spaltung zwischen bürgerlich-zi-

vilgesellschaftlichen Initiativen und antifaschistischen Akteuren herbeizuführen, die oftmals als »linksextremistisch« gebrandmarkt werden.

Die Klausel sorgte für reichlich Protest zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Initiativen. Während andere Bundesländer gegen die Erklärung aus dem Haus der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder rechtlich vorgehen, oder zumindest der Bundesklausel nicht auch noch eine eigene Landesaktion zur Seite stellen, antwortet die sächsische Landesregierung mit der nächsten Schikane. Sie will die Öffentlichkeitsarbeit nicht-staatlicher Initiativen gegen Rechts zensurieren. Mit den neuen Fördermittelbescheiden ermächtigt sich das Innenministerium die Öffentlichkeitsarbeit der Zuwendungsempfängerinnen zu kontrollieren und in seinem Sinne zu beeinflussen. Dass aus den Reihen der Initiativen Kritik an Extremismusklausel und Regierung geübt wurde, hat diese nicht vergessen. In autoritärem Stil wird ihnen nun ein Maulkorb verpasst.

Die Beispiele machen überdeutlich: antifaschistisches Engagement ist zunehmender Repression ausgesetzt. Gerade Sachsen bemüht sich dabei um eine rechts-konservative Vorreiterrolle. Der Hatz der schwarzgelben Landesregierung auf vermeintliche »Linksextremisten« steht die Unfähigkeit entgegen, Nazi-Angriffe oder -Aufmärsche zu verhindern. Stattdessen gibt es Attacken auf die Meinungsfreiheit, etwa mit der verfassungswidrigen Neufassung des Versammlungsgesetzes. Diese Politik werden wir nicht akzeptieren, sondern ihr entschlossen entgegentreten. Unsere Solidarität gilt den Betroffenen.

Antifaschismus lässt sich nicht verbieten!

Eine Hand wäscht die andere

Lars Kluger (CDU) im Journal der Dresdner Union (März 2011)

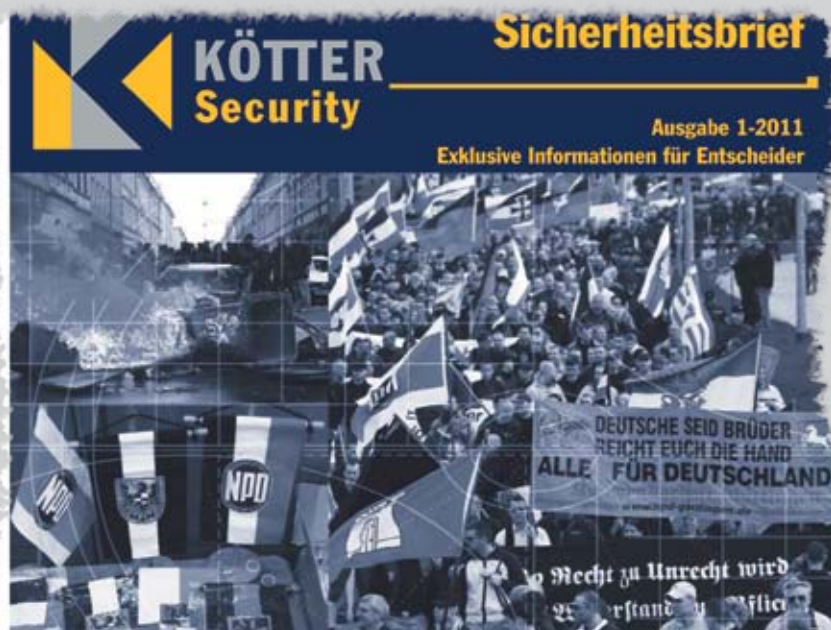


Stadtrat Lars Kluger
e-Mail: kluger@dresden-cdu.de

Unser Schwerpunktthema 2011: Ordnung und Sauberkeit

„Die Zusammenarbeit der Stadt mit privaten Sicherheitsdiensten soll einen Schwerpunkt des Programms bilden.“

Sicherheitsbrief der Firma "Kötter Security" (Anfang 2011)



Links- und Rechtsextremismus: Alte Gefahren in neuem Gewand

Steigende Gewaltbereitschaft insbesondere unter Autonomen, neue Aktions- und Propagandaformen von Links- und Rechtsextremisten: Die Gefahren für die Demokratie sind nach wie vor hochaktuell.

Seit 2005 ist die politisch motivierte Kriminalität nahezu kontinuierlich gestiegen und erreichte 2009 mit fast 34.000 Straftaten einen neuen Rekordwert. Im Vergleich zu 2005 betrug der Zuwachs damit rund 28 Prozent. Straftaten von Links- und Rechtsextremisten spielen dabei weiter die bedeutendste Rolle. Auch aktuell gibt es nur wenig

in Zukunft mit einem weiteren Anstieg insbesondere linksextremistischer Gewalttaten gerechnet werden. Zugleich wird sich die Kriminalität von rechts voraussichtlich ebenfalls weiter auf hohem Niveau bewegen. Für ihren „Kampf gegen das System“ nutzen die Extremisten verstärkt neue Aktions- und Propagandaformen. So haben z. B. die „Autonomen Nationalisten“, die sich im Auftreten am „schwarzen Block“ der Linksautonomen orientieren, im rechten Spektrum an Einfluss gewonnen. Zudem nutzen beide Seiten längst das Internet als wichtige Propagandaplattform. Was aber sind zentrale Schutz-

zung aller rechtsstaatlichen Mittel und der Aufklärungsarbeit kommt der ganzheitlichen Sicherheitsarchitektur eine entscheidende Bedeutung zu“, betont Dr. Peter Frisch, Mitglied des KÖTTER Sicherheitsbeirates und früherer Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Ziel sei die Entlastung der Polizei und anderer Behörden, damit sie sich auf Kernaufgaben wie die Kriminalitätsbekämpfung konzentrieren können. „Daher muss auch den privaten Dienstleistern eine wichtigere Rolle zukommen, die z. B. statt der Polizei den Schutz öffentlicher Gebäude übernehmen können“, so Dr. Frisch.